

**An die
Mülheimer Medien**

15. März 2017

**Reform des Unterhaltsvorschusses: Land NRW
drückt sich, Mülheim an der Ruhr soll zahlen!**

Die CDU-Fraktion wirbt in einer Ratsinitiative dafür, aufgrund der zum 01. Juli 2017 zwischen dem Bund und den Ländern verabredeten Reform des Unterhaltsvorschusses eine deutlich stärkere Beteiligung des Landes NRW an den erwarteten erheblichen Mehrkosten zu erreichen. „Wir machen darauf aufmerksam, dass bisher das Land NRW trotz der gesamtstaatlichen Bund-Länder-Aufgabe gerade einmal einen geringen 13,33% Finanzierungsanteil an den Kosten der Unterhaltsvorschüsse vor allem für die Alleinerziehenden trägt, deren Ex-Partner nicht für das gemeinsame Kind zahlen. Dagegen hat die Bundesregierung im Rahmen der Einigung mit den Ländern Anfang Januar 2017 eine Erhöhung ihres Anteils von 33,33% auf 40% zugesagt. Unverfrorener Weise will sich offenbar das Land NRW trotz der Ausweitung des Leistungsbezugs seiner Mitverantwortung entziehen und weigert sich, die weiteren Kosten zu übernehmen“, so CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Michels.



Wie auf eine Anfrage der CDU-Fraktion die Verwaltung erklärte, zahlt das Mülheimer Jugendamt aufgrund des exorbitant hohen städtischen Finanzierungsanteils (53,33 % !) bisher schon jährlich zwischen 1,04 Mio. € und 1,12 Mio. € anteilig an Unterhaltsvorschüssen. Hinzu kommen die von der Stadt Mülheim an der Ruhr voll getragenen Personalaufwendungen (5 Stellen) in Höhe von über 400.000 € im Bereich der Unterhaltsvorschusskasse. Wenn sich das Land NRW jetzt nicht bewegt und ihren Finanzierungsanteil nicht zugunsten der

Kommunen verändert, wird der Mülheimer Etat nach Schätzungen der Verwaltung mit über 1,2 Mio. € an den Reformkosten zusätzlich belastet.

CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Michels stellt klar: „Das Land NRW - übrigens im Unterschied zu Bayern und vielen anderen Bundesländern (nämlich ohne Belastung der Kommunen) - missachtet ein weiteres Mal das von der NRW-Landesverfassung garantierte Konnexitätsprinzip ‚Wer Leistungen bestellt, bezahlt sie‘! Es ist eine kommunalfeindliche Landespolitik von Rot-Grün, die dringend geändert werden muss!

F.d.R.

Hansgeorg Schiemer

-Fraktionsgeschäftsführer-